

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 3

Artikel: Betrachtungen über neue Parteiprogramme
Autor: Traubner, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337188>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DR. JOSEF TRAUBNER

Betrachtungen über neue Parteiprogramme

Die bedeutsamen Veränderungen, welche in den letzten Jahrzehnten im politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereiche zahlreicher Völker eingetreten sind und sich weiter vollziehen, machen den sozialistischen Parteien eine Revision ihrer Parteiprogramme zur unumgänglichen Notwendigkeit. Ohne eine solche könnten sie nämlich ihren Anhängern und denjenigen Personen, welche sie für sich gewinnen wollen, keine überzeugenden und durch das tatsächliche Geschehen gerechtfertigt werdenden Antworten auf die Fragen geben, welche die Wirklichkeit des Alltags stellt, und auf jene, welche die im gesellschaftlichen Leben bereits sichtbar werdenden Entwicklungstendenzen aufwerfen.

Dieser Aufgabe sind unter anderen die Sozialistische Partei Österreichs (SPOe), die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nachgekommen. Wir wollen im nachstehenden den Versuch machen, die Stellungnahme der genannten Parteien zu einzelnen grundsätzlichen Fragen aufzuzeigen und auf die Unterschiede zu früheren Stellungnahmen hinzuweisen, ein Versuch, der ideologischen und praktischen Zwecken dienen möchte.

Vorerst seien jedoch einige bei der Lektüre der Programme wach gewordene Gedanken angeführt. Im Programm der SPS und dem der SPD sucht man vergeblich nach den Worten «Marx» oder «Marxismus», und im österreichischen Programm sind die Worte «Karl Marx» und «marxistisch» je einmal zu lesen. Wir wollen nicht auf die Erörterung der Frage eintreten, ob das aus den Programmen sichtbar werdende Überbordwerfen des Marxismus sachlich begründet oder eine Folge der Überschätzung wirtschaftlicher und politischer Gegebenheiten ist, sondern der Meinung Ausdruck geben, daß der Bruch mit der Vergangenheit nicht in der Weise, wie es geschehen ist, hätte erfolgen sollen. In dem Streben nach Verwirklichung marxistischer Lehren ist die sozialistische Bewegung groß geworden, und sie hat sich ihrer Vergangenheit nicht zu schämen, auch wenn diese Lehren ihre Geltung tatsächlich verloren haben sollten.

Denken wir auch daran, daß sie für Millionen von Arbeitern die einzige Hoffnung in schweren Jahren und der einzige Ansporn zu einer trotz allem positiven Lebenseinstellung waren. Darum wäre es angebracht gewesen, beispielsweise im Rahmen einer Einleitung die Erläuterung des Überganges von der Vergangenheit zur Gegenwart zu einem Bestandteil des Programms selbst zu machen und ihm auf diese Weise seine historische Position zu geben. Es fehlt – wie ein deutscher Genosse richtig bemerkte – die Einbettung des Programms in die geschichtliche Situation, in der wir uns befinden, und es fehlt die spezifische sozialistische Perspektive.

In Übereinstimmung mit dem Aufbau der Programme behandeln wir zunächst die Frage: Was wollen die sozialistischen Parteien? Die SPOe, welche ihr neues Programm am Parteitag vom 14. Mai 1958 beschlossen hatte, antwortet: Die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist. Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen. Sie wollen ferner die Selbstsucht der kapitalistischen Profitwirtschaft durch die neue Gesinnung der freien Arbeit ersetzen, welche die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt. Durch die sozialistische Bewegung als Gesinnungsgemeinschaft soll eine auf Freiheit und Gerechtigkeit gegründete Lebensordnung Verwirklichung erhalten, die der sittlichen Auffassung der Sozialisten entspricht.

Die SPS, welche ihr neues Programm am Parteitag vom 27. und 28. Juni 1959 angenommen hatte, erklärt zu der gleichen Frage:

Die Sozialdemokraten kämpfen für eine Gesellschaftsordnung, die den Menschen von wirtschaftlicher Ausbeutung befreit. Jeder Mensch soll unabhängig von Herkunft und Besitz seine Anlagen und Fähigkeiten frei entfalten können. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen die Grundpfeiler der menschlichen Gemeinschaft bilden. Der Sozialismus soll jedermann eine menschenwürdige Existenz ermöglichen, dem Volke Wohlstand verschaffen und der Pflege der kulturellen Werte dienen.

Schließlich lesen wir im Grundsatzprogramm der SPD, angenommen am Parteitag vom November 1959: Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung sind die Grundwerte des sozialistischen Wollens. Die SPD ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen, ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen.

Den drei Programmen ist demnach das Streben nach einer Gesellschaftsordnung gemeinsam, deren Grundpfeiler Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bilden sollen und deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist. Mit seinen Pflichten und Rechten gegenüber der Gesellschaft soll der einzelne ohne Rücksicht auf sein Herkommen und nicht mehr die Arbeiterklasse als solche im Mittelpunkt alles gesellschaftlichen Geschehens stehen. Ob die Schaffung einer solchen Ordnung die Beseitigung der Klassen voraussetzt oder sie erst durch ihr Entstehen gegenstandslos werden läßt, bringen das schweizerische und das deutsche Programm nicht zum Ausdruck, während das österreichische deren Beseitigung als eines seiner Ziele nennt. In diesem lesen wir auch – wie bereits angeführt – von der neuen Gesinnung der freien Arbeit, welche die wirtschaftliche Tätigkeit als bewußten Dienst an der Gemeinschaft auffaßt. Wir vermissen jedoch auch hier jeden Hinweis darauf, ob angenommen wird, daß die Wandlungen in der Auffassung der Arbeit sich unter grundlegend veränderten Umweltverhältnissen vollziehen sollen, oder daß die Bewußtseinsänderungen als solche die sozialistische Zukunftsgestaltung herbeiführen werden. Die letzterwähnte Auffassung hat beispielsweise schon vor über hundert Jahren Moses Heß, ein Zeit- und Gesinnungsgenosse von Karl Marx, vertreten, während dieser im Gegensatz zu ihm den Standpunkt einnahm, daß nicht die Bewußtseinsänderungen, sondern die revolutionäre Aktion der Klasse des Proletariats den «Verlust des Menschen», der durch die zwischen ihm und dem Produkte seiner Arbeit entstandene Entfremdung eingetreten ist, aufheben und seine Wiedergewinnung herbeiführen kann. Ohne die Aufhebung der Entfremdung aber, ob sie nun auf dem einen oder dem andern Wege herbeigeführt wird, kann die sozialistische Gesellschaft nicht bestehen. Auch lassen uns die Programme nicht wissen, mit welchen Mitteln die sittliche Hebung der Menschen herbeigeführt werden soll, zumal diese doch die Massen und nicht kleine Kreise erfassen müßte.

Die Parteien erklären übereinstimmend ihr Programm im Rahmen einer demokratischen Verfassung und nach deren Regeln verwirklichen zu wollen. Dieser Umstand veranlaßt uns zur Überprüfung der Frage, was sie unter Demokratie im gegebenen Zusammenhang verstehen wollen. Das Programm der SPOe besagt hierzu: Sozialismus ist uneingeschränkte, politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie. Diese Demokratie gestattet dem Staatsbürger die freie Wahl zwischen verschiedenen gleichberechtigten politischen Parteien, und politische Willensbildung entsteht für sie durch Mehrheitsbeschluß unter gleichzeitiger Achtung vor den Rechten der Minderheit. Aus ihr wird das Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden in den Betrieben als Teil der staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung abgeleitet. Sie ist der politische Boden, auf dem die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet werden soll, und sie sichert die persönliche Freiheit in der Gemeinschaft einer solchen.

Im Programm der SPS lesen wir: Die SPS steht auf dem Boden der Demokratie. Wahre Demokratie, ein Ziel, das immer wieder neu erkämpft werden muß, beruht auf der Gleichberechtigung aller Menschen unter Sicherung ihres Mitspracherechtes in Staat und Wirtschaft. Die Ausbreitung und Vertiefung der Demokratie und der freie Gedankenaustausch zwischen allen Völkern schaffen die wesentlichen Grundlagen für ein friedliches Zusammenleben der Menschen. Wahre Demokratie rückt den Menschen in den Mittelpunkt alles gesellschaftlichen Geschehens.

In den Beschlüssen der SPD endlich heißt es: Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein der Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner eigenen Verantwortung ist. In gleichberechtigtem Wettstreit mit andern demokratischen Parteien will die SPD die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen. Dadurch wird eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung entstehen. Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.

Durch die Gewinnung der Stimmbürger für das sozialistische Programm soll die Voraussetzung für seine Verwirklichung geschaffen werden. Also keine Revolution und keine Diktatur einer Klasse über die andere, sondern mit der Waffe des Stimmzettels wird die Entscheidung errungen, wobei jedoch bei ihrer Durchführung der Standpunkt der Minderheit nicht unbeachtet bleiben soll.

Dabei wäre aber zu erwägen, daß die Stimmbürger in ihren Entschlüssen oft wankelmütig sind. Sie wenden ihre Gunst heute der einen und morgen einer andern politischen Partei zu. Können auf einer solchen Basis die vielen und doch wohl tiefgreifenden Änderungen vorgenommen werden, welche der Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung notwendig macht?

Wenn die Sozialdemokraten ihr Ziel im Wettbewerb mit andern demokratischen Parteien erreichen wollen, werden sie auch Personen als ihre Anhänger gewinnen müssen, die nicht der Arbeiterklasse, somit nicht gewissermaßen naturgegeben der Partei angehörig sind.

Die SPOe erklärt auch, die Partei *aller Arbeitenden* sein zu wollen, und führt hiezu aus: Arbeiter und Angestellte sind durch ihre abhängige, der Unsicherheit der kapitalistischen Wirtschaft preisgegebene Existenz zu einer sozialen Schicksalsgemeinschaft verbunden. Mit ihnen stehen die Selbständigen in Stadt und Land, die Intellektuellen und Akademiker, deren Existenz auf ihre Arbeit und nicht auf Kapitalmacht gegründet ist, in wirtschaftlicher Interessengemeinschaft. Die Sozialisten wollen ihr Ziel durch die politische Zusammenfassung aller Arbeitenden erreichen. Gestützt auf die Erkenntnisse

des wissenschaftlichen Sozialismus entwickelte sich ihre Partei auf diesem Wege aus einer Partei der Lohnarbeiter, die weiterhin das Fundament jeder sozialistischen Partei bleiben, zu einer Partei aller Arbeitenden. In ihr findet sich, gewonnen durch die sittliche Gesinnung des Sozialismus, überzeugt durch die Leistung der Sozialisten, die Mehrheit des Volkes zusammen.

Den gleichen Standpunkt nimmt die SPS ein. Im letzten Abschnitt ihres Programms, betitelt «Ausblick und Aufruf» heißt es: Die Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, in den Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern, haben auch die Träger der sozialistischen Ideen beeinflusst. Der Sozialismus war ursprünglich eine Sache der durch den Kapitalismus ausgebeuteten Arbeiterklasse allein. Die gesellschaftliche Schichtung ist differenzierter geworden. Teile der Arbeiterschaft erreichten eine erhebliche ökonomische Besserstellung, während andere Teile des arbeitenden Volkes noch immer hart an der Grenze eines menschenwürdigen Daseins leben. Auch viele Bauern, Angestellte und Gewerbetreibende leiden unter den Mängeln der heutigen Ordnung. Ihnen allen will der Sozialismus helfen und Gerechtigkeit verschaffen. Der Sozialismus ist heute zur Sache der ganzen Menschheit geworden. Er geht alle an, die sich verantwortlich fühlen für das Wohlergehen der Gemeinschaft. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz ist zur Volkspartei geworden. Sie ruft alle arbeitenden Menschen unseres Landes auf, im gemeinsamen Interesse gemeinsam zu kämpfen.

Schließlich heißt es im Abschnitt «Der Weg» des deutschen Programms: Die sozialistische Bewegung begann als ein natürlicher und sittlicher Protest der Lohnarbeiter gegen das kapitalistische System. Die Arbeiterschaft war in ihrem Kampfe nur auf sich gestellt. Ihre Erfolge sind Meilensteine auf dem opferreichen Weg der Arbeiterbewegung. Sie hat mit ihrer wachsenden Befreiung der Freiheit aller Menschen gedient und ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden. Sie will die Kräfte, welche durch die industrielle Revolution und durch die Technisierung aller Lebensbereiche entbunden werden, in den Dienst von Freiheit und Gerechtigkeit für alle stellen. Sie heißt jeden in ihren Reihen willkommen, der sich zu den Grundwerten und Grundforderungen des demokratischen Sozialismus bekennt.

Somit sollen die sozialistischen Parteien als reine Arbeiterparteien zu existieren aufhören! Ob sie als Volksparteien die auf sich genommenen Aufgaben in gleich wirksamer Weise wie bisher werden erfüllen können, bleibt ein Problem. Jedenfalls werden in ihnen, wenn die Umgestaltung zur Volkspartei tatsächlich gelingen sollte, zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens so viel heterogene, von verschiedenartigen Sonderinteressen noch erfüllte Elemente beisammen sein, daß die Führung einer einheitlichen, auf

das sozialistische Ziel ausgerichteten Politik bedeutenden Schwierigkeiten begegnen dürfte.

Die Realisierung der angestrebten neuen Ordnung sollte ihren sichtbaren Ausdruck vor allem in einer Neugestaltung der Wirtschaftsverfassung finden und ihre praktische Wirkung auf diesem Gebiete zeigen. Lesen wir daher in den Programmen nach, wie die kommende Wirtschaftsordnung gedacht ist.

Dem österreichischen Programm entnehmen wir: Die Sozialisten wollen das bäuerliche und gewerbliche Arbeitseigentum sichern. Klein- und Mittelbetriebe sowie Eigentum, das der eigenen Arbeit dient, werden keinesfalls vergesellschaftet. Angesichts der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der österreichischen Wirtschaft werden somit weite Bereiche auch in Zukunft der privaten Unternehmertätigkeit vorbehalten bleiben. Soweit wieder die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeitenden von der kapitalistischen Herrschaft über die Produktionsmittel besteht, soll dieser Unfreiheit durch Wirtschaftsplanung und durch demokratische Kontrolle der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sowie der Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages beseitigt werden. Nur das Gemeinwohl wird zu entscheiden haben, welche Unternehmungen zu vergesellschaften sind. Hiefür werden hauptsächlich jene Unternehmungen in Frage kommen, deren Machtstellung das wirtschaftliche und politische Gesamtinteresse gefährdet. Die bisherigen Eigentümer werden voll zu entschädigen sein.

Im Schweizer Programm lesen wir: Im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen, seinen Rechten und seiner Würde. Der Anteil des einzelnen am Volkseinkommen ist grundsätzlich nach seiner Leistung zu bemessen, wobei jedoch soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind. Der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht durch Kartelle und ähnliche Organisationen sowie durch Trusts und andere Großunternehmungen ist zu bekämpfen. Bei monopolistischen Unternehmungen und Organisationen sind entweder die Voraussetzungen des fairen Wettbewerbes zu schaffen, oder es sind dieselben unter öffentliche Kontrolle zu stellen oder in Gemeineigentum zu überführen. Ebenso können Privatunternehmungen, deren Tätigkeit im öffentlichen Interesse liegt, in gemeinwirtschaftliche Formen übergeführt werden. Die SPS setzt sich ein für die Erhaltung eines gesunden, selbständigen Bauernstandes auf eigenem Boden. Doch heißt es an anderer Stelle: Das Privateigentum an Grund und Boden ist soweit einzuschränken, daß eine neue Bodenpolitik verwirklicht und die Orts-, Regional- und Landesplanung wirksam gestaltet werden kann.

Im deutschen Programm schließlich lesen wir: Das private Eigentum an Produktionsmitteln hat Anspruch auf Schutz und Förderung, soweit es nicht den Aufbau einer gerechten Sozialordnung hindert. Leistungsfähige mittlere und kleine Unternehmen sind zu stärken, damit sie die wirtschaft-

liche Auseinandersetzung mit den Großunternehmen bestehen können. Wettbewerb durch öffentliche Unternehmen ist ein entscheidendes Mittel zur Verhütung privater Marktbeherrschung. Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle. Wo mit andern Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig. Das Privateigentum des Bauern am Boden wird bejaht. Die leistungsfähigen Familienbetriebe müssen durch ein neuzeitliches Boden- und Pachtrecht geschützt werden. Sie sind wirtschaftlich und sozial zu stärken.

Wir sehen aus den vorstehenden Ausführungen, daß revolutionäre Veränderungen der gegenwärtigen Wirtschaftsstruktur nicht geplant sind. Insbesondere soll weder das Privateigentum an den Produktionsmitteln noch das an Grund und Boden aufgehoben werden. Aber selbst die angestrebten Reformen, mit deren Ausführung übrigens in einigen Staaten schon vor Jahren begonnen wurde, sind weder neu noch gedankliches Allgemeingut der sozialistischen Parteien. Wohl dürfen sie geeignet sein, eine gegenüber der bestehenden teilweise verbesserte Eigentumsordnung zu schaffen und auch zur Stärkung der noch sehr schwachen Wirtschaftsdemokratie beizutragen, aber zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme, wie sie der Sozialismus herbeiführen soll, erscheinen sie uns ungenügend. Solange die Hochkonjunktur noch anhält und die meisten der Arbeitenden gut verdienen, treten ihre Unzulänglichkeiten nicht zutage. Doch sollte wieder eine Krise entstehen – und die Experimente um die Integration Europas, die Wirtschaftsexpansion der kommunistischen Staaten sowie das Streben der politisch selbständig gewordenen Völker nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit können sie leicht hervorrufen – dann wird sichtbar werden, daß wir nur ein Flickwerk vollbracht hatten. Auch die etwa schon eingetretene sittliche Hebung dürfte dann nicht viel helfen und der Satz von Bert Brecht wieder einmal die Bestätigung seiner Richtigkeit erhalten: «Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral.»

Ein Wandel in den Anschauungen ist auch im Verhältnis der sozialistischen Parteien zur Religion eingetreten. Wohl hat es immer schon Sozialisten gegeben, die ihre Ueberzeugung aus religiösen Grundsätzen ableiteten, doch die Religion als solche blieb nach offizieller Anschauung weiterhin das Opium des Volkes.

Jetzt aber wird anerkannt, daß es zwischen dem auf einer sittlichen Grundlage beruhenden Sozialismus und den religiösen Gemeinschaften keine Konflikte geben kann, wenn diese es vermeiden, für die Durchsetzung konfessioneller Forderungen oder in der Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen staatliche Machtmittel anzuwenden. Sozialismus und Religion sind demnach kein Gegensatz. Jeder religiöse Mensch kann gleichzeitig Sozialist sein und die Sozialisten achten das Bekenntnis zu einem religiösen

Glauben wie zu einer nichtreligiösen Weltanschauung als innerste persönliche Entscheidung jedes einzelnen. So heißt es im österreichischen Programm.

Die SPS faßt sich kürzer und schreibt: Wir Sozialisten anerkennen, daß religiöse Kräfte die Kulturtradition aller Völker und ihre ethischen Prinzipien mitgeformt haben und daß besonders auch aus christlicher Ueberzeugung Impulse der sozialistischen Bewegung hervorgehen.

Die SPD schließlich erklärt: Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit. Sie bejaht ihren öffentlich-rechtlichen Schutz. Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie stets bereit. Sie begrüßt es, daß Menschen aus religiöser Bindung heraus eine Verpflichtung zum sozialen Handeln und zur Verantwortung in der Gesellschaft bejahen.

Diese Wandlung entspricht dem Wege, den die sozialistischen Parteien im allgemeinen zu gehen entschlossen sind. Dabei kommen ihnen die kirchlichen und die diesen nahestehenden Kreise insofern entgegen, als sie in den letzten Jahrzehnten in viel höherem Maße als früher ihre Aufmerksamkeit sozialen Fragen zuwenden und sich auf sozialem Gebiete betätigen. Auch ihre Einstellung zum marxistischen Sozialismus ist nicht mehr eine von vornherein ablehnende, sondern sie setzen sich mit ihm vielfach in objektiver und tiefschürfender Weise auseinander, wozu ihnen auch die Vorgänge in den kommunistischen Ländern begründeten Anlaß geben. Eine Zusammenarbeit zwischen Kirchen und sozialistischen Parteien könnte demnach durchaus im Bereiche des Möglichen liegen.

Wir haben einleitend die Notwendigkeit einer Revision der Parteiprogramme anerkannt. Sie war in ihrer Durchführung von lebhaften Diskussionen begleitet, und die Auseinandersetzungen um Weg und Ziel des Sozialismus gehen weiter. Das sind erfreuliche Tatsachen, weil sie das Leben der Idee zeigen. Wir hatten einmal gelernt: Der Sozialismus wird kommen, weil er kommen muß, als das Ergebnis einer sich von selbst vollziehenden politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Wir wissen heute, daß die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht von selbst, nicht ohne Zutun der arbeitenden Menschen kommen kann. In dem Streben nach ihr wollen wir uns noch einen Satz des österreichischen Programmes zu eigen machen: Die Arbeiter haben heute mehr zu verlieren als ihre Ketten, sie haben aber noch immer eine Welt zu gewinnen.